

## Das Böse in der Welt ist klar lokalisiert

Die Nato wurde 75 Jahre alt: „Von der tiefen Tragik des Notwendigen“, FR-Tagesthema vom 11. Juli

### Das Wort „Osterweiterung“ kommt nicht vor

Dass im Jahr 2024 ein solcher Text über die Geschichte seit 1945 in derartiger Schwarz-Weiß-Manier geschrieben werden und als „Analyse“ verkauft werden kann, macht mich sprachlos: Die Sowjetunion, Putin und Russland verkörpern alles Böse in der Welt. Dass man von Russland – ob mit oder ohne Putin – nichts Gutes erwarten darf, zeigt der Satz: „Putin als Person war nicht zwangsläufig, der kleingeistige blutrünstige Putinismus war zwangsläufig.“ Das ist Russophobie!

Die USA, die Nato, der Westen dagegen stehen für das Gute, und zwar von 1945 an. Der Westen setzt sich für den Kampf gegen Hunger, Armut, Klimakrise und natürlich die Verbreitung echter Demokratie und Abrüstung sowie „starke Sozialsysteme“ (z.B. in den USA!). Glaubt Rutkowski wirklich, was er da behauptet? In seinem Gut-Böse-Narrativ unterschlägt er, dass der europäische Kolonialismus bis weit in die 60er Jahre an der Unterdrückung festhielt, wobei die angeblich so friedens- und freiheitsliebenden Amerikaner rege beteiligt waren (z.B. bei der Ermordung Lumumbas oder durch die Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes): Die US-Regierungen zerstörten die Demokratie im Iran 1953 und in Guatemala 1954 und stürzten beide Staaten in langjährige Diktaturen. In Korea (Syngman Rhee) und später in Vietnam (Dien Bien Phu, General Thieu, Ky) unterstützten sie brutale, ungeliebte Diktatoren gegen die kommunistischen Feinde. Durch ihre Beteiligung am Chile-Putsch wurden sie zu Steigbügelhaltern der blutigen Pinochet-Diktatur.

Dass „Demokratie“ nur als Floskel zu verstehen ist, zeigte sich schon 1949, als die portugiesische Diktatur (Salazar) Gründungsmitglied der Nato wurde. Die US-Führungen setzen bis heute (wie die sowjetischen und heute die russischen) auf ihre Einflusszonen. Davon künden die US-Militärstützpunkte welt-

weit sowie die horrenden Rüstungsausgaben. Und unter US-Druck hat die angeblich so friedfertige Nato seit der Jahrtausendwende ihr Verteidigungskonzept geändert; jetzt heißt es „out of area“; und schon plant man, den Nahen Osten und die Pazifikregion einzubeziehen.

Sind die US-Kriegsverbrechen (keinerlei Bestrafung), die Folter, die Geheimgefängnisse auf fremdem Boden, die Entführungen (auch in Deutschland), der NSA-Skandal keine Erwähnung wert? Es verwundert mich nicht, dass das Wort „Osterweiterung“ nicht fällt. Rutkowskis Text ist keine „Analyse“, sondern ein Pamphlet. Bernd Knierim, Worms

### Na denn, her mit den Langstreckenraketen!

„Die Nato musste sein, um den Raubzügen Stalins Einhalt zu gebieten. Jetzt braucht die Welt sie, damit Putins Phantasmen scheitern.“ Wer bitte braucht die Nato? Brasilien, Uganda, Südafrika, Lula, Modi und Xi Jinping? Wer bitte ist die Welt? „Dem Westen sei geschichtlich gar nichts anderes übrig „geblieben als die Nato gegen den „Sowjetfaschismus“(!) – habe er doch „gerade unter fürchterlichen Opfern den Hitlerfaschismus niedergedrungen“. Meine Onkels wussten noch genau, wo sie den Krieg verloren hatten. Die Westarroganz des Autors erinnert mich aber an die deutschen Touristen, die ich 1983 ignorant lärmend über die Massengräber der Million Toten in Leningrad/Petersburg wegschreiten sah.

Liegen die „Jahrhunderte der Räubereien und Gewaltakte“ alle vor 1949? Wie eurozentristisch ist die Haltung des Autors, dass der Westen nach zwei Weltkriegen doch „geläutert in die Zukunft schreiten kann“? Vergessen die 1,3 bis drei Millionen vietnamesischen Opfer der Hegegonialmacht und die europäischer Nato-Kolonialmächte in Algerien und Indonesien. Vergessen im Übrigen auch Sprachregelungen zur Spezial-, Entschuldigung: Friedensmission in Afghanistan bis zu Oberst Kleins

Massaker 2009. Dass die Nato sich zurückgehalten habe, „die Welt zu umspannen oder so zu agieren“ – nun ja. Das hat unser zynischer Ex-Kanzler im Falle des Krieges gegen Jugoslawien anders gesehen. Der Nato-Krieg war die „Blaupause“ für seinen Freund Putin. Zurückhaltung bei der Kriegsparteilichkeit in Libyen, Zurückhaltung bei Teilnahme von Nato-Staaten im Irak-Krieg? Nun failed states. Und das Nato-Mitglied Türkei darf seinen Krieg in Syrien gegen Kurden fortführen!

Wenn Russland auf das „natürliche Maß eines moskowitzischen failed state zurechtgestutzt“ wurde: Na denn, her mit den Langstreckenraketen! Da war selbst Obama zurückhaltender, der dem atomar unschlagbaren Russland noch den Status einer Mittelmacht zubilligte.

Rutkowski sieht die Aufgabe der Nato darin, „den Planeten zu schützen, das Klima zu retten, Demokratie zu verbreiten, Hunger und Armut zu besiegen“ – kurzum: als Vereinigung von Friedensbewegung, Amnesty, Fridays for Future und Brot für die Welt. Fehler? Allenfalls ein „Schablone“-Denken beim Export von „Demokratie ...und starken Sozialsystemen“. Z.B. im Irak-Krieg? Ich höre Dick Cheney brüllen vor Lachen.

Aber letztendlich droht uns allen Trump. „Die USA können und dürfen nicht mehr den Ton angeben“. Die USA mit ihren weltweiten Stützpunkten werden das Europa-Plädoyer auf genau das mittelimperiale Maß zurechtstutzen, das Obama den Russen noch zugestehen wollte. Und die Friedensmacht Deutschland wird das schlucken. Und das ist dann die „tiefe Tragik des Notwendigen“?

Norbert Wilden

### Frieden kommt nicht aus Schlachtfeldern

Tag für Tag treiben Militärs aller Seiten Europa immer näher an den Abgrund eines Atomkriegs. Dabei weiß jede/r, nur Diplomatie kann uns retten. Frieden kommt nicht aus Schlachtfeldern. Bernhard Trautvetter Essen



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

#### Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/ff20240717](http://frblog.de/ff20240717)

## Sieht so die Zukunft aus?

Zu: „Die FDP geht eigenständig in die Wahl“, FR-Politik vom 12. Juli

„Kinder sind unsere Zukunft“, heißt es immer wieder von Politikern aus allen Parteien. Glaubwürdig? Hallo?! Sieht so die Zukunft für unseren Nachwuchs aus? Fehlende Kitaplätze, marode Schulen nebst Toiletten, fehlendes Personal, fachfremde Quereinsteiger und nun auch noch keine Kindergrundsicherung in dieser Legislatur. So unser Finanz- und Bremsminister Christian Lindner.

Vor dieser Zukunft graut mir, selbst inzwischen Urgroßvater. Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns endlich Taten sehen. Damit die Demokratieverdrossenheit nicht noch mehr zunimmt.

Reinhard Schemionek, Wustrow

### Christian Lindners innere Widersprüche

Zersplitterte behördliche Zuständigkeiten im Bereich der staatlichen Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche sind die derzeitige Realität. Mittels „administrativer Zusammenfassung“ (Finanzminister Lindner, FDP) soll ein Kindergrundsicherungsgesetz dem Abhilfe leisten. Das Prinzip (möglichst) „Alles-unter-einem-Dach“ mit der Folge eines zu erwartenden erheblichen Bürokratieabbaus müsste eigentlich Lindners Zustimmung finden, was jedoch nicht der Fall ist. Sein Hinweis, diese Zusammenfassung sei „wesentlich komplexer als gedacht“ ist wenig erhellend, wenn nicht sogar in sich widersprüchlich.

Es drängt sich die Frage des Beweggrundes dieser Haltung auf: Kann es sein, dass die jetzige Zersplitterung von Lindner und seiner FDP gewollt ist, weil die ihr inhärente Komplexität zur Folge hat, dass vonseiten der Betroffenen weniger Leistungen nachgefragt werden – und somit viel Geld gespart wird? Es wäre ein unsoziales, im Wortsinne sogar asoziales Verhalten.

Peter Leiß, Berlin

## Noch mehr Beschwerden

Zu: „Sauschlechte Stimmung“, FR-Wirtschaft vom 26. Juni

Das Klagen mancher Landwirte ist nicht neu. Die Anekdote, dass Bauern ihren Neugeborenen bald nach der Geburt einen Ziegelstein auf die Brust legen, damit sie schon früh das Klagen lernen, ist uralt. Wenn der Landwirtschaftsminister nicht von ihrer CDU gestellt wird, kommen eher noch mehr Beschwerden.

Einer nicht nur an der Stimmung, sondern mehr an den Fakten orientierte Berichterstattung würde dem Thema gut tun und Polemiken entlarven. Tatsächlich hat sich zuletzt die Einkommenslage in der Landwirtschaft erheblich verbessert.

Peter Koswig, Korbach

## Im Widerspruch zum Gemeinwohl

Zu: „Düngegesetz vor dem Aus“, FR-Wirtschaft vom 4. Juli

Frank-Thomas Wenzel berichtete in der FR über das zur Abstimmung stehende Düngegesetz und dessen voraussichtliche Ablehnung durch die Bundesratsmehrheit (elf gegen fünf Bundesländer). Dieses Gesetz, das vor allem die gesundheitsschädliche Anreicherung von Nitraten im Grund- und damit letztendlich auch im Trinkwasser beenden soll, scheidet an gemeinwohlschädlichem Lobbyismus vor allem der Großlandwirtschaft. Leider werden im Text die treibenden Kräfte der Gesetzablehnung in der Abstraktion „elf Bundesländer“ nicht genannt. Neun dieser elf Länder sind die von den Unionsparteien

mitregierten und – von einer Ausnahme abgesehen – auch geführten. Welche Bundesländer sind die übrigen beiden, und welche Hintergründe hat ihr Verhalten? Vermutlich ist das zehnte Land Rheinland-Pfalz, in dem eine FDP-Ministerin für die Landwirtschaft zuständig ist und mit ihrem voraussetzenden Nein das wenig begeisterte Ja der FDP-Bundestagsabgeordneten freudig konterkariert, und das elfte ist wohl Thüringen, in dem die linke Minderheitsregierung noch auf ihre Tolerierung durch die CDU angewiesen ist.

Wir stehen mit hoher Wahrscheinlichkeit vor einer Wiederübernahme der Regierungsfüh-

rung im Bund durch die Union im kommenden Jahr. Und diese Union wird noch deutlicher und massiver als in den Merkel-Jahren auf die Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen drängen, mögen diese noch so sehr den Interessen der Mehrheitsbevölkerung und dem Gemeinwohl widersprechen. Es ist ein Jammer, wie wenig die meisten Wählenden über Gesetzgebung und Gesetzverhinderung und deren Interessenhintergründe wissen und wie viel sie eben deswegen der Union durchgehen lassen. Darum ist es so wichtig, dass Medien helfen, dieses Unwissen abzubauen.

Jürgen Kasiske, Hamburg

### FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Juristen Klaus Stähle über sein Buch „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriern“. **Donnerstag, 25. Juli, 19 Uhr DenkBar Spohrstraße 46a, Frankfurt**